**Protokoll der Fachausschusssitzung „Bau, Umwelt und Verkehr“
des Stadtteilbeirates Walle vom 04.06.2018 im Ortsamt West**

Beginn der Sitzung: 18.00h

Ende: 20.00h

Nr.: II/06/18

anwesend:

Herrn Hauke van Almelo
Herr Thomas Bierstedt
Herr Jürgen Diekmeyer
Herr Wolfgang Golinski
Herr Gerald Höns
Herr Jens Oldenburg
Herr Manfred Schäfer
Herr Dr. Karsten Seidel
Herr Gerald Wagner

verhindert sind:

Herr Jens Hirschberg

Gäste:

Frau Sandra Pinkawa, Polizeirevier Walle
Herr Günter Brandewiede, UBB
Herr Surhoff, sachk. Bürger Beirat Walle
Frau Gerling, WK
circa 10 Bürger*innen

Folgende Tagesordnung wird vorgeschlagen:

- TOP 1:** Feststellung der Beschlussfähigkeit und Genehmigung der Tagesordnung
- TOP 2:** Genehmigung des Protokolls Nr.: XII/05/18 vom 15.05.2018
- TOP 3:** Situation sogen. „Eltern-Taxen“ im Bereich von Grundschulen
dazu eingeladen: Frau Sandra Pinkawa, Polizeirevier Walle
- TOP 4:** Illegale Müllablagerungen im Waller Park
dazu eingeladen: Herr Günter Brandewiede, UBB
- TOP 5:** Entscheidungsbedarf in Stadtteilangelegenheiten, u.a.
▪ Erörterung eingegangener Anträge
- TOP 6:** Mitteilungen des Amtes / Verschiedenes

Nicht-öffentlicher Teil der Sitzung

- TOP 7:** Beratung der im Amt eingegangenen Baugenehmigungsverfahren
-

TOP 1: Feststellung der Beschlussfähigkeit und Genehmigung der Tagesordnung
Ohne Einwände wird die Beschlussfähigkeit festgestellt.
Zwei kurzfristig eingegangene Bürgeranträge sollen unter TOP 4a in die Tagesordnung aufgenommen werden. Die ergänzte Tagesordnung wird genehmigt.

- TOP 2:** Genehmigung des Protokolls Nr.: XII/05/18 vom 15.05.2018

Das Protokoll vom 15.05.2018 wird einstimmig genehmigt.

TOP 3: Situation sogenannter „Eltern-Taxen“ im Bereich von Grundschulen

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist Frau Pinkawa, Kontaktpolizistin im Revier Walle, zu Gast. Unter Einbeziehung von Fragen und Anmerkungen aus dem Ausschuss wird u.a. Folgendes dargestellt:

Vom Grundsatz her sind die verkehrlichen Anordnungen vor den vier Waller Grundschulen klar geregelt. Leider werden die Vorschriften nicht von allen Eltern eingehalten. Geltenden Verkehrsregelungen werde nur vollständig nachgekommen, wenn die Polizei täglich zu den Hol- und Bringezeiten vor Ort präsent ist. Dies sei personell auf Dauer nicht durchzuhalten, zumal Frau Pinkawa für mehrere Grundschulen im Stadtteil zuständig ist.

- Grundschule Melanchthonstraße:
Ein eingeschränktes Halteverbot ist auf einer Straßenseite bereits vorhanden, um ein Aussteigen der Kinder aus den „Elterntaxen“ zu ermöglichen. Auf der anderen Straßenseite besteht ein absolutes Halteverbot. Die Einhaltung der Vorschriften erfolgt lediglich mittelmäßig. Ausgesprochen negativ stelle sich die Situation mittwochs dar, wenn alles zugeparkt ist und der Bus zur Fahrt ins Schwimmbad nicht durchkommt.
- Falschparken wird durch die Polizei sanktioniert, das Ordnungsgeld beträgt 10 – 15€. Die Höhe des Ordnungsgeldes ist aus Sicht des Ausschusses niedrig.
- Grundschule St. Marien:
Trotz Halteverbot wird kreuz und quer geparkt. Dies führt hier wie auch an den anderen Schulen dazu, dass zu Fuß eintreffende Kinder von den „Eltern-Taxen“ gefährdet werden.
Frau Pinkawa konnte in Absprache mit der Schulleitung des Schulzentrums Grenzstraße erreichen, dass der nur wenig entfernt liegende Parkplatz der Schule von Eltern genutzt werden kann. Zusätzlich befindet sich der Kirchenparkplatz in unmittelbarer Nähe der Grundschule. Beide Möglichkeiten werden von den Eltern leider nicht ausreichend angenommen.
- Grundschule Nordstraße:
Hier werden Kinder von ihren Eltern zum Teil auf der zweispurigen Nordstraße mit Schwerlastverkehr zur Fahrbahn hin aus den Fahrzeugen gelassen und somit gefährdet.
- Grundschule am Pulverberg:
Auch hier treffen „Eltern-Taxen“ ein und parken illegal.

Laut der Ausführungen von Frau Pinkawa versuchte man in Obervieland die Situation durch „Eltern-Haltestellen“ zu entschärfen, leider ohne Erfolg. Die Problematik besteht bremen- und deutschlandweit. Ein Patentrezept zur Lösung wurde bislang nicht gefunden.

Die Polizei und die Schulen informieren auf Elternabenden etc., auf Eltern-Taxen zu verzichten.

Einsatz von Schülerlotsen?: Dies wurde vom Ausschuss bereits eruiert. Die Verkehrswacht würde Fortbildungen für Eltern unterstützen. Allerdings sind Schülerlotsen (d.h. ehrenamtlich tätige Eltern der jeweiligen Schulen) eher dafür vorgesehen, Kinder sicher über die Straßen zu geleiten. Ein Mitglied von Bündnis 90/Die Grünen informiert den Ausschuss über ein Beispiel zu dieser Thematik im Ausland.

Nachgefragt werden soll beim zuständigen Kontaktpolizisten für die Grundschule Nordstraße, ob hier die Sanktion „gefährlicher Eingriff in den Straßenverkehr“ erfolge.

Ergebnis:

Der Ausschuss will die Erörterung der bedeutsamen Thematik in einem separaten Treffen weiter behandeln.

TOP 4: Illegale Müllablagerungen im Waller Park

Zu diesem Tagesordnungspunkt wird Herr Brandewiede vom Umweltbetrieb Bremen (UBB) begrüßt.

Aufgrund von drei Eingaben eines Bürgers beschäftigte sich der Ausschuss bereits in der Sitzung vom 15.05.2018 ausführlich mit der Thematik. Der Beschwerdeführer ist in der heutigen Sitzung anwesend.

Der Referent vom Umweltbetrieb Bremen wird um eine fachliche Einschätzung zur derzeitigen Lage gebeten. Unter Einbeziehung von Fragen aus dem Ausschuss und dem Publikum stellt Herr Brandewiede u.a. dar:

- Illegale Müllablagerungen auf öffentlichen Flächen seien leider an einer ganzen Reihe von Orten im Stadtgebiet (bspw. Werdersee, Osterdeich) und insbesondere in der warmen Jahreszeit zu beklagen. Mit verschiedenen Maßnahmen versuche man der Situation Herr zu werden, bislang leider ohne durchschlagenden Erfolg. Es handele sich um eine gesellschaftliche Problematik. Ein Patentrezept zur Lösung gebe es nicht.
- UBB reinige den Waller Park 3x/Woche. Die aufgestellten Müllbehältnisse sind aus Sicht des Umweltbetriebes ausreichend. Eine Takterhöhung auf zwei Reinigungen/Tag in der warmen Jahreszeit sei für den UBB nicht finanzierbar. Zusätzliche Beschilderungen/Hinweistafeln an öffentlichen Grünflächen hätten sich wenig erfolgreich gezeigt. Eine Möglichkeit zur Besserung der Situation wird in der Sensibilisierung der Nutzer*innen gesehen.
- Aufstellungen von mobilen Toiletten? Hier stellt sich ebenfalls die Frage der Finanzierung, die Kosten hierfür sind hoch. Eine Finanzierung und Wartung der Toiletten über Beiratsmittel ist aus Sicht des Ausschussprechers nicht umsetzbar.

Ergebnis:

Über das Ortsamt soll Kontakt zur Bremer Stadtreinigung aufgenommen werden. Fragestellung: Sind gemeinsame Öffentlichkeitsaktionen wie bspw. die Erstellung von Flyern möglich?

Das Ordnungsamt ist bereits aufgefordert worden, im Waller Park vermehrt illegale Müllablagerungen zu sanktionieren, sobald der neue Ordnungsdienst seine Tätigkeit aufgenommen hat.

Die Vorsitzende weist auf das in Kürze startende Landesprogramm „PASS“ hin. Innerhalb des Programms werden illegale Müllansammlungen entfernt. Der Waller Park ist hier als Problemfeld gemeldet worden.

Die zuständige Kontaktpolizistin wurde ebenfalls über die Müllablagerungen informiert.

Weiterhin wird auf Nachfrage von UBB dargestellt, dass ein fehlender Poller am Waller Park repariert wird.

Illegales Parken am Waller Feldmarksee

Aufgrund des sommerlichen Wetters sind auch hier Beschwerden eingegangen. Bürger*innen fahren in ihren PKWs über die Liegeflächen direkt an den Badeseesee. Es handelt sich um eine bekannte Problematik, die vor einiger Zeit bereits ausführlich (einschl. Ortstermin) im Beirat behandelt wurde. Ein Grund für die Befahrung der Wiesen liegt darin, dass die Schranke am Schlickwiesenweg nicht immer verschlossen wird. Aus Sicht von Herrn Brandewiede können im Sinne eines Versuchs 1 – 2 Poller vor die Liegewiese gesetzt werden, um ein Befahren der Fläche zu verhindern.

Ergebnis:

Der Ausschuss stimmt der Setzung von 1 – 2 Pollern am Waller Feldmarksee zu. Die Finanzierung soll über das Stadtteilbudget erfolgen.

Der zuständige Kleingartenverein soll gebeten werden, an die durchgehende Schließung der Schranke zu denken.

Auswechslung Sand auf der Kinderspielfläche Osterlinger Straße

Hierzu gibt der Referent von UBB wie folgt Auskunft:

Aufgrund der knappen finanziellen Mittel konnte der Sand bislang leider nicht ausgewechselt werden. Die Kosten betragen circa 1200€.

Ergebnis:

Zunächst soll abgewartet werden, ob innerhalb der nächsten Zeit über UBB Mittel aufgetan werden können. UBB meldet sich, sobald möglich.

TOP 4a: Erörterung eingegangener Bürgeranträge

Bürgerantrag zum Bauvorhaben Auf dem Pickkamp

Der Antrag wurde dem Ausschuss im Vorfeld der Sitzung zur Kenntnis zugeleitet. Der anwesende Beschwerdeführer reicht heute zusätzlich eine Unterschriftenliste ein, über die sich 17 Anwohner*innen der Eingabe anschließen. Die Beschwerden betreffen u.a. die aus Sicht der Unterzeichner ungenügende Stellplatzsituation, befürchtete Schäden an der Bausubstanz der anliegenden Häuser, Beeinträchtigungen bei Starkregen und Gefahr von Kellerüberflutungen.

Der Ausschuss erörtert den Antrag. Das Neubauvorhaben wurde in der März-Sitzung 2018 durch den Bauträger im Ausschuss vorgestellt.

Der Beschwerdeführer wird darüber informiert, dass Beweissicherungsverfahren im Rahmen von Bauvorhaben von jedem Anlieger separat zu führen sind.

Ergebnis:

Der Bürgerantrag wird mit der Bitte um Stellungnahme an den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr geleitet. Der Bauträger wird vom Ortsamt angeschrieben und über die Beschwerde in Kenntnis gesetzt.

Bürgerantrag zu Abrissarbeiten Wohnanlage Holsteiner Straße/Dithmarscher Freiheit

In der Sitzung anwesende Anwohner*innen der Halligenstraße stellen dar, dass es im Rahmen der Abrissarbeiten der ehemaligen Wohnanlage zu erdbebenartigen Erschütterungen durch Rammarbeiten gekommen sei. Die Anwohnerschaft befürchtet Schäden an ihren Immobilien; dieses insbesondere weil weitere Rammarbeiten anstehen.

Gemeinsam mit den Anwohner*innen erfolgt die Erörterung der Thematik. Auch in diesem Fall wird auf den Ablauf von Beweissicherungsverfahren hingewiesen.

Ergebnis:

Der Bürgerantrag wird mit der Bitte um Stellungnahme an den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr geleitet. Der Bauträger wird vom Ortsamt angeschrieben und über die Beschwerde in Kenntnis gesetzt.

TOP 5: Entscheidungsbedarf in Stadtteilangelegenheiten

Antrag der AfD „Stadt- und Verkehrssimulation“

Der Antrag wurde bereits im Fachausschuss „Überseestadt“ erörtert und weiter verfolgt. Bezüglich eines Simulationsprogrammes wird im zuständigen Ressort nachgefragt.

Anfrage Immobilien Bremen vom 18.05.2018: Stellungnahme Verkauf Vorgarten Bremerhavener Straße/Waller Ring

Der Beirat stimmte der Privatisierung 2001 zu. Es kam seinerzeit nicht zu einer Einigung, die kleine Fläche wurde lediglich verpachtet. Jetzt liegt erneut eine Kaufanfrage vor.

Stellungnahme: Eine Privatisierung des Teilstücks wird zur Kenntnis genommen.

Schreiben ASV vom 31.05.2018 zum Beschluss vom 16.04.2018 „Erneuerung Fahrradbügel vor dem Kulturhaus Walle“

Das ASV bietet an, 20 neue Fahrradbügel (=40 Stellplätze) zu montieren. Kosten: circa 3000€. Man fragt an, ob die Kosten aus dem Stadtteilbudget übernommen werden können.

Stellungnahme:

Der Ausschuss beteiligt sich an den Kosten der Maßnahme und stimmt einer Finanzierung von 10 Fahrradbügeln (=20 Stellplätze, 1500€) aus dem Stadtteilbudget zu.

Standort Geschwindigkeitsmesstafel (GMT)

Lt. Rückäußerung des ASV findet sich in der Holsteiner Straße (südlicher Teil) kein geeigneter Mast für die GMT.

Stellungnahme:

Der Ausschuss bittet um Einsetzung der GMT mit dem transportablen Mast ab September 2018 in der Holsteiner Straße. Bis zu diesem Zeitpunkt soll die GMT an einem geeigneten festen Mast an der Konsul-Smidt-Straße montiert werden.

Anfrage UBB vom 25.05.2018 und Bitte um Stellungnahme zur Genehmigung der kommerziellen Freiluftparty „LakeDance“ am 17./18.08.2018 am Waller Feldmarksee

Das Projekt wird erörtert.

Stellungnahme:

Der Ausschuss nimmt die Veranstaltung zur Kenntnis, verweist aber auf die bestehenden Bedingungen für nicht-kommerzielle Freiluftpartys am Waller Feldmarksee. Die kommerzielle Veranstaltung „LakeDance“ soll auf die Gesamtzahl der nicht-kommerziellen Freiluftpartys angerechnet werden.

(Zustimmung bei einer Gegenstimme)

Rückäußerung ASV zum Sachstand Stadtteilbudget (Restmittel, durchgeführte Projekte)

Die Auflistung wurde dem Ausschuss zugeleitet.

Kenntnisnahme.

Rückäußerung Deutsche Bahn zum Beschluss vom 15.05.2018 „Waller Bahnhof sanieren und Aufenthaltsqualität verbessern!“

Die im Beschluss aufgeführten Defizite werden ausgebessert.

Ergebnis:

Um die Aufenthaltsqualität weiter zu verbessern und diesbezüglich Maßnahmen zu besprechen, soll der Bahnstationsmanager in eine Sitzung nach der Sommerpause eingeladen werden.

TOP 6: Mitteilungen des Amtes / Verschiedenes

Schreiben Ordnungsamt vom 23.05.2018: Information über eine nicht-kommerzielle Freiluftparty

Informiert wird über eine Veranstaltung am 02.06.2018.

Verkehrsordnung VAO.0066/02/2018 – Einrichtung pers. Behindertenparkplatz in der Bgm.-Deichmann-Straße

Kenntnisnahme.

Bürgerbeschwerde Verkehrssituation vorderer Teil Osterfeuerbergstraße (auch „Kleine Bergerstraße“/Kleine Osterfeuerbergstraße genannt)

Der Vorschlag des ASV, Fahrradbügel im Rahmen der Sanierung des Abschnittes aufzustellen, um ein direktes Vorbeifahren am Haus der Beschwerdeführerin zu verhindern, wird von der Bürgerin abgelehnt. Die Bürgerin will sich diesbezüglich mit dem ASV in Verbindung setzen.

Andere Bürger äußerten gegenüber einem Ausschussmitglied den Vorschlag, im dargestellten Bereich einen Quartiersplatz anzulegen. Der Bürger soll gebeten werden, sich hierzu mit dem Ortsamt in Verbindung zu setzen. Aus Sicht des Ausschusses ist der Bereich sehr klein für eine Platzgestaltung.

Einladung zur Werkstatt im Rahmen des Stadtentwicklungsplans Wohnen am 31.05.2018

Ausschussmitglieder haben nicht teilgenommen. Das Protokoll wird verschickt, sobald es vorliegt.

Fragen und Anmerkungen aus dem Ausschuss und dem Publikum:

- Die Kanalbaustelle Waller Ring ist lt. eines Bürgers in Höhe Waller Heerstraße/Waller Ring schlecht ausgezeichnet. Das führt dazu, dass LKWs in die Wohngebiete geraten

und nur schwer wieder hinaus manövrieren können. Vorschlag: zusätzliches VZ „Einfahrt für LKW verboten, Anlieferverkehr frei“ schon in Höhe Waller Bahnhof. Der Vorschlag wird dem ASV zugeleitet.

- Erneut wird zum Sachstand Bebauungsplan „An der Meente/Rübekamp“ gefragt. Die Antwort der zuständigen Stadtplanerin auf die Anfrage der letzten Sitzung soll zu nächst abgewartet werden.

Termine Fachausschuss „Bau, Umwelt und Verkehr“ im 2. Halbjahr 2018 (jeweils 18.00h, Änderungen möglich)

13.08.2018, 03.09.2018, 15.10.2018, 05.11.2018, 03.12.2018

Abgesprochenes Verfahren für die Sommerferien:

Wie in der Vergangenheit durchgeführt, schaut der Ausschusssprecher eingehende Baugenehmigungsverfahren durch und bewertet „kleine“ Anträge wie den Anbau von Gauben etc.. Umfangreiche und/oder für den Stadtteil bedeutsame BG-Verfahren sollen über die Beantragung einer Fristverlängerung zurückgestellt werden.

Vorsitz/Protokoll:

Sprecher:

Petra Müller

Wolfgang Golinski